

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 4

Abgeschlossen am 15. April 1947

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Überwindung der Stromkrise durch Leistungssteigerung der Wasserkraftwerke

Die Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft hat sich gegen Ende März 1947 wesentlich gebessert. Die Energiekrise, die mit Einbruch des Winters das gesamte Wirtschaftsleben lähmte, schien im wesentlichen überwunden, als anfangs April durch das Ausbleiben von Kohlensendungen aus Polen und der Ruhr ein neuerlicher Rückschlag erfolgte.

Vor allem die *Produktion von elektrischer Energie* durch Wasserkraft stieg im Laufe des Monats März, jahreszeitlich bedingt durch die verbesserte Wasserführung der Flüsse, stark an. Während die Gesamterzeugung von elektrischer Energie im Jänner 1947 nur 189,9 Mill. kWh¹⁾ betrug und im Februar mit 152,8 Mill. kWh auf den niedrigsten Stand seit Beginn des Jahres 1946 sank (im Februar 1946 wurden 195,6 Mill. kWh erzeugt), wurden im März bereits wieder 216,1 Mill. kWh erzeugt. Infolge des langen Winters ist die Erhöhung der Stromerzeugung der Wasserkraftwerke erst bedeutend später eingetreten als im Vorjahr. Im März 1947 wurden nur 183,7 Mill. kWh Wasserkraftstrom erzeugt, gegenüber 207,2 Mill. kWh im März 1946, so daß trotz erhöhter Produktion der kalorischen Werke (32,4 Mill. kWh gegenüber 19,9 Mill. kWh im Vorjahr) die Gesamterzeugung im März 1947 um 11,1 Mill. kWh geringer war als im gleichen Monat des Vorjahres. Erst gegen Ende März besserte sich die Stromversorgung wesentlich. Während anfangs März nur etwa 4,5 Mill. kWh täglich erzeugt wurden, steigerte sich die Produktion bis Ende März auf 7,2 Mill. kWh, so daß Mitte April die einschneidenden Stromsparmaßnahmen nahezu vollständig aufgehoben werden

¹⁾ Die Produktionsziffern beziehen sich nur auf die öffentlichen Stromversorgungsanlagen; nicht enthalten ist die Erzeugung der industriellen Eigenanlagen sowie der Bahnkraftwerke.

konnten. Damit ist die Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit elektrischer Energie zunächst voll gesichert und eines der wesentlichsten Produktionshemmnisse überwunden.

Anhaltend schwierige Kohlenversorgung

Demgegenüber ist die *Kohlenversorgung* der österreichischen Wirtschaft noch immer unzureichend und für die nächsten Monate noch keineswegs gesichert. Die inländische Kohlenförderung konnte zwar im ersten Quartal 1947 wesentlich gesteigert werden und erreichte im März mit rund 277.000 t (Steinkohle und Braunkohle) bereits rund 98% der Friedensproduktion. Diese Mehrförderung konnte jedoch die Verminderung der Kohleneinfuhren nicht ausgleichen. Im ersten Quartal 1947 wurden monatlich im Durchschnitt nur 143.800 t Kohle (auf Steinkohlenbasis) eingeführt, gegenüber 182.100 t im Jahre 1946 und 275.000 t im Jahre 1937. Die Gesamtversorgung der österreichischen Wirtschaft mit Kohle betrug demnach im Jänner nur 58,8%, im Februar nur 53,6% und im März nur 64,7% des Monatsdurchschnitts im Jahre 1937. Dementsprechend deckten auch die Zuteilungen an die einzelnen Bedarfsträger, nur einen Bruchteil des normalen Bedarfes. Mit der Erhöhung der Leistung der Wasserkraftwerke werden die kalorischen Werke stark entlastet. Die eingesparte Kohle wird dadurch für andere Verwendungen frei. Trotzdem hängt die Wiederbelebung der Wirtschaft und insbesondere die Produktionssteigerung in der Schwerindustrie weiterhin in erster Linie von einer Erhöhung der Kohleneinfuhren ab.

In der ersten Dekade April sind durch das Ausbleiben der Steinkohle aus Polen und der verminderten Anlieferung aus der Ruhr besonders für die auf Steinkohle bzw. Koks basierenden Industrien neuerlich große Schwierigkeiten eingetreten. Der Ausfall an Steinkohle betrug im ersten Drittel April rund 30.000 t, eine Menge, die bei dem für den

Monat April planmäßig vorgesehenen Gesamtverbrauch von 327.000 t (Steinkohlenbasis) bzw. 140.000 t Steinkohle stark ins Gewicht fällt. Es ist zur Zeit noch nicht bekannt, wie sich der Streik im Ruhrgebiet anfangs April auf die weiteren Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet auswirken wird. Nach eingegangenen Berichten soll der Streik weniger die Kohlenförderung als die Kohlenverladung ungünstig beeinflusst haben. Die verringerte Förderung im Monat April geht teilweise auch auf den Ausfall von Schichten während der Osterfeiertage zurück. Die Einstellung der Kohlenlieferungen aus Polen mit 31. März kam insofern überraschend, als das im Handelsvertrag festgelegte Kontingent von 300.000 t Kohle nicht einmal zur Hälfte erfüllt worden war. Als Begründung wird angegeben, daß Österreich als Gegenleistung für die polnische Kohle im Werte von 1,5 Millionen Dollar erst Waren für 200.000 Dollar geliefert habe. Demgegenüber wird österreichischerseits geltend gemacht, daß die österreichischen Industriellen lange Zeit hindurch die in Frage kommenden Kompensationswaren bereit gehalten haben, ohne daß die polnischen Unterhändler sich um das österreichische Angebot gekümmert hätten. Vermutlich dürften für die Lösung des Handelsvertrages durch Polen auch die vertraglich festgelegten Preise von 10 Dollar je Tonne eine Rolle gespielt haben, nachdem Polen inzwischen von anderen Ländern wesentlich höhere Preisangebote erhalten hat. Wenn auch angenommen werden darf, daß die zur Zeit zwischen Österreich und Polen schwebenden Verhandlungen in absehbarer Zeit zu einem positiven Ergebnis gelangen werden, so werden doch für die Wiederingangsetzung der österreichischen Wirtschaft Wochen vergehen, ehe mit einem neuerlichen Anrollen polnischer Kohle gerechnet werden kann.

Einen starken Auftrieb erwartet die österreichische Wirtschaft durch den Abschluß von Verträgen mit der Schweiz und mit Schweden. Während das Geschäft mit der Schweiz (über die Lieferung von 200.000 t Steinkohle) noch nicht perfekt werden konnte, sind die Verhandlungen mit Schweden bereits zu einem definitiven Abschluß gekommen. Österreich soll darnach für Rechnung Schwedens monatlich 20.000 t Steinkohle aus Polen erhalten und dafür Roheisen und Walzwerkerzeugnisse, ebenfalls für Rechnung Schwedens, an verschiedene Länder liefern. Da die polnische Kohle nicht verkokbar ist, muß sie, ehe sie der Kokerei in Linz zugeführt wird, gegen Ruhrkohle umgetauscht werden. Obwohl bis zur Stunde die vertraglich zugesicherte polnische Kohle noch nicht in Österreich

eingelangt ist und die polnischen Stellen bisher die Übernahme österreichischer Leergarnituren verweigert haben, hat das Linzer Werk bereits mit der Trockenlegung der Anlagen für die zweite Koks-batterie begonnen. Da die Koks-batterien erst angeheizt werden können, wenn ein genügend großer Kohlenvorrat vorhanden ist und das Anheizen der Batterien selbst wieder 10 bis 14 Tage beansprucht, ehe die volle Leistungsfähigkeit erreicht ist, wird das Anblasen des zweiten Hochofens in Linz günstigstenfalls erst anfangs Mai erwartet werden können.

Neben den bisher erwähnten Kohlengeschäften laufen weitere Bemühungen, die dringend benötigte Kohle nach Österreich zu bringen. Über den Stand der geführten Verhandlungen kann im Augenblick noch nicht berichtet werden.

Unbeschadet der in den letzten Wochen eingetretenen Verbesserung der Energieversorgung ist die gegenwärtige Kohlsituation äußerst unbefriedigend. Während heute bereits alle Anstrengungen gemacht werden müßten, für den kommenden Winter ausreichende Kohlenreserven anzulegen, weist der an sich äußerst sparsam kalkulierte Kohlenplan für den Monat April, unter der Voraussetzung, daß das Quantum für die zweite und dritte Dekade pünktlich erfüllt wird, ein Defizit von mindestens 30.000 t Steinkohle und 18.000 t Koks auf. Wenn auch für die kommenden Monate eine Erleichterung in der Kohlenversorgung erwartet werden kann, so gilt es vorläufig doch noch als ein ungelöstes Problem, wie im nächsten halben Jahr über die Erfüllung der monatlichen Kohlenpläne hinaus die zur Vermeidung einer neuerlichen Energiekrise im Winter 1947/48 unerläßlichen Kohlenreserven angeschafft werden sollen.

Die verschiedenen ins Auge gefaßten Sparmaßnahmen im Energieverbrauch und die zur Zeit mit Erfolg betriebene Steigerung der heimischen Kohlenförderung sowie die kurzfristig zu erwartenden Fortschritte auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft werden die auch für den nächsten Winter zu erwartende angespannte Energieversorgungslage wohl erleichtern, aber nicht vermeiden können. Das Schicksal der österreichischen Wirtschaft hängt daher nach wie vor weitgehend von der rechtzeitigen Sicherung ausreichender und qualitativ entsprechender Kohlenlieferungen aus dem Auslande ab.

Bemühungen um eine Leistungssteigerung der heimischen Kohlenproduktion

Die Erhöhung der heimischen Kohlenförderung in den letzten Monaten ist offenbar auf die Gewährung von Leistungsprämien im Kohlenbergbau

zurückzuführen, obwohl festgehalten werden muß, daß die Förderleistungen pro Arbeiter noch immer weit hinter den vor 1937 erreichten Ergebnissen zurückbleiben. Die einzelnen Bergarbeiter erhalten, je nach ihren Leistungen, Prämien Scheine, die zum Bezug von Haushaltsartikeln, Bekleidungsgegenständen und anderen Mangelwaren berechtigen. Außerdem werden die Bergarbeiter bevorzugt mit Zigaretten beteiligt, während erhöhte Lebensmittelrationen bisher infolge des Einspruches der Alliierten nicht gewährt werden konnten. Durch diese Maßnahmen steigerte sich die Leistung des einzelnen Arbeiters und auch der Mangel an Bergarbeitern hat durch den Zustrom von neuen Arbeitskräften abgenommen. Allerdings stammen diese Kräfte vorwiegend aus der Landwirtschaft, wo selbst dringend jede Hand gebraucht wird. Das Beispiel im Kohlenbergbau zeigt jedenfalls, daß in einer ausgesprochenen Mangellage die Erhöhung des Realeinkommens der wirksamste Anreiz zur Leistungssteigerung ist. Freilich sind der Differenzierung der Realeinkommen bei dem gegenwärtig äußerst knappen Sozialprodukt enge Grenzen gesetzt und die Bevorzugung bestimmter Berufsgruppen schmälert die Versorgung der übrigen Bevölkerung.

Guter Anlauf der Schlüsselindustrien, Hemmungen in den nachgeordneten Industrien

Mit der Besserung der Energieversorgung war die wichtigste Voraussetzung für das Wiederanlaufen der Produktion und damit auch für die Besserung der gesamtwirtschaftlichen Lage gegeben. In rascher Aufeinanderfolge wurde die Produktion in den wichtigsten Schlüsselindustrien wieder aufgenommen: am 19. März wurde eine Koksofenbatterie in Linz angeheizt und damit nicht nur mit der für die Landwirtschaft besonders wichtigen Stickstoffproduktion begonnen, sondern auch die Voraussetzung für das spätere Wiederanblasen des Donawitzer Hochofens geschaffen; am 22. März begann das Werk Ranshofen, das seit November 1946 stillgelegt war, mit der Erzeugung von Aluminium; am 31. März wurde der Hochofen in Donawitz wieder voll in Betrieb genommen und einige Tage später wurde in Linz bereits mit der Trockenlegung einer zweiten Koksbatterie begonnen. Durch den Vertrag mit Schweden wird ferner voraussichtlich im Mai das Anblasen eines zweiten Hochofens in Linz ermöglicht werden. Inwieweit die Hoffnung berechtigt ist, in absehbarer Zeit in Donawitz noch einen zweiten Hochofen anzublasen, hängt vom Erfolg der zur Zeit schwebenden Kohlenverhandlungen ab.

Der günstige Start in den Schlüsselindustrien darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch

den monatelangen Produktionsstillstand gerade in den wichtigsten Betrieben empfindliche Lücken entstanden sind, und daß der Mangel an Zwischenprodukten die Wiederbelebung der Produktion in den weiterverarbeitenden Industrien entscheidend hemmt. Über den Produktionsrückgang in den vergangenen Monaten liegen bereits aus den wichtigsten Produktionsgebieten Ziffern vor, die erkennen lassen, wie schwer die österreichische Wirtschaft unter der Energiekrise gelitten hat. Im Februar 1947 wurden in Prozent der höchsten Monatsproduktion des Jahres 1946 produziert:

Roheisen	39	Sintermagnesit	50.6
Rohstahl	47.8	Mauerziegel ^{1) 2)}	6.0
Walzwaren	72.4	Dachziegel ^{1) 2)}	3.4
Holzstoff	40.4	Zement ¹⁾	29.6
Zellulose	30.8	Kalk ¹⁾	26.6
Papier	44.3	Kalkstickstoff ^{1) 3)}	15.0
Pappe	42.7	Kaustische Soda ¹⁾	53.4
Rohmagnesit	60.4	Kalziumkarbid ¹⁾	16.3

¹⁾ Jänner 1947. — ²⁾ Rückgang überwiegend saisonbedingt. — ³⁾ Produktion ab Mitte Jänner vollkommen stillgelegt.

Dieser Produktionsausfall kann naturgemäß nicht in kurzer Zeit wieder aufgeholt werden. So traten mit der Behebung der schwersten Energiekrise Ende März neue Engpässe auf, die entweder direkt auf den Mangel an inländischen Zwischenprodukten oder auf das Fehlen ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate zurückzuführen sind. Besonders fühlbar ist der Mangel an Eisenwaren und Walzwerksprodukten, der eine wirksame Eisenbewirtschaftung unmöglich macht. Die Verteilungsquoten für Walzwerkserzeugnisse in den kommenden Monaten werden über die Kontingente im ersten Quartal 1947 nicht hinausgehen, so daß vor allem im Fahrzeugbau die geplante Produktion nicht erreicht werden kann. Es ist daher beabsichtigt, das monatliche Erzeugungsprogramm für Lastkraftwagen von 300 auf 100 Stück, für Motorräder von 2500 auf 500 Stück und für Fahrräder von 25.000 auf 5000 Stück herabzusetzen. Ebenso wirkt in der lederverarbeitenden Industrie die starke Einschränkung der ledererzeugenden Industrie durch die Stromkrise nach. Die Schuhindustrie kann daher nur einen Teil des Erzeugungsprogrammes erfüllen. In der Textilindustrie bewirken die äußerst geringen Zuteilungen von Kunstseide (im März 1947 wurden nur 18 t Kunstseide gegenüber einem Bedarf von 150 t zugewiesen) eine fast völlige Einstellung der Kunstseidenverarbeitung, während den Textilveredlungsindustrien selbst die für eine eingeschränkte Produktion notwendigen Farbstoffe fehlen.

Eine spürbare Hilfe zur Überwindung der gegenwärtigen Engpässe in der industriellen Produktion bedeutet der 8,5-Mill.-Pfundkredit Großbritanniens, aus dem 2,6 Mill. Pfund für den Wiederaufbau verwendet werden sollen. Durch die Einfuhr von Werkzeugmaschinen, Buntmetallen und Legierungen wird eine Reihe von Produktionshemmnissen, vor allem in der Elektroindustrie, in der Edelstahl- und Metallindustrie überwunden werden können.

Relativ hoher Beschäftigungsstand bei geringer Produktionstätigkeit

Die Zahl der *Beschäftigten* ist in den Wintermonaten nach der Krankenkassenstatistik weitaus weniger zurückgegangen, als auf Grund der stagnierenden Produktion zu erwarten gewesen wäre. Die Zahl der Krankenversicherten in Industrie und Bergbau hat in ganz Österreich im Jänner 1947 nur um rund 18.800 Personen abgenommen und der Beschäftigtenstand in Wien war, nach einem leichten Rückgang bis Februar, im März 1947 bereits wieder höher als im November 1946. Der geringe Rückgang in der Zahl der Krankenversicherten zeigt, daß die Betriebe, soweit nicht Ausfallsvergütungen durch den Staat beansprucht wurden, doch noch über ausreichende liquide Mittel verfügten, um die Arbeitskräfte halten zu können. Die Unternehmer erhoffen offenbar auch eine stärkere Belegung der Wirtschaft, die eine volle Ausnutzung ihres Arbeiterstandes ermöglichen wird.

Leichte Besserung im Verkehr

Auch im *Verkehr* zeigt sich seit anfangs April eine leichte Entspannung, nachdem in den ersten Monaten des Jahres 1947 besonders der Personenverkehr der Eisenbahnen fast vollständig eingestellt war. Die äußerst beschränkte Verkehrskapazität konnte während der Wintermonate weitestgehend nur für lebenswichtige Gütertransporte zur Verfügung gestellt werden. Eine Gegenüberstellung der Verkehrsleistungen und der erzielten Betriebseinnahmen im Jänner 1947 und Jänner 1946 gibt interessante Aufschlüsse. Im Jänner 1947 wurden im Personenverkehr 19,2 Mill. und im Güterverkehr 208 Mill. Nutzlasttonnenkilometer zurückgelegt, gegenüber 21 Mill. bzw. 107 Mill. Nutzlasttonnenkilometer im gleichen Monat des Vorjahres bei einer, ähnlich kritischen Kohlenlage. Während also die Verkehrsleistungen im Personenverkehr ungefähr gleichgeblieben sind, hat sich der Güterverkehr im Jänner 1947 gegenüber 1946 nahezu verdoppelt. Trotz dieser erheblichen Mehrleistung im Jahre

1947 sind die aus dem Güterverkehr erzielten Betriebseinnahmen von 9 Mill. S im Jänner 1946 auf 6,8 Mill. S im Jänner 1947 zurückgegangen. Daraus ergibt sich, daß der verstärkte Güterverkehr im Jänner 1947 überwiegend von den Besatzungstruppen beansprucht wurde und die vollbrachten Verkehrsleistungen nur zu einem Bruchteil der österreichischen Wirtschaft zugute kamen.

Mit der Besserung der Kohlenlage wurde anfangs April in erster Linie der Güterzugsverkehr verstärkt, der Stückgutverkehr wieder freigegeben und die Wiederaufnahme des Wagenladungsverkehrs in Aussicht genommen. Dagegen dürfte der Reiseverkehr bis zur Einführung des Sommerfahrplanes anfangs Mai nicht wesentlich erleichtert werden.

Auswirkung der Energiekrise auf den Außenhandel

Eine Wiederbelebung des *Außenhandels* kann naturgemäß erst einige Zeit nach dem Wiederanlaufen der Produktion erwartet werden. Im Jänner 1947 ist die Ausfuhr um rund 22% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Bemerkenswert war die Erhöhung der Einfuhr um 18% (ohne Berücksichtigung des Außenhandels mit Deutschland¹⁾). Der große Einfuhrüberschuß ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einfuhren durch die in den letzten Monaten des Jahres 1946 abgeschlossenen Handelsverträge und Lohnveredelungsgeschäfte anstiegen, während Österreich infolge des Produktionsstillstandes mit seinen Gegenlieferungen in Verzug geriet. Für Februar und März liegt noch keine offizielle Außenhandelsstatistik vor. Es ist jedoch zu erwarten, daß in den nächsten Monaten auch die Einfuhr stärker sinkt, da die Handelspartner ihrerseits ihre Lieferungen nach Österreich einschränken.

Wesentlich für die Lage im Außenhandel ist, daß durch die Energiekrise ein weiterer Aufschwung im Außenhandel, der auf Grund der im letzten Jahr abgeschlossenen Handelsverträge hätte erwartet werden können und der zur Aufrechterhaltung einer eingeschränkten industriellen Produktion unbedingt notwendig gewesen wäre, unterblieben ist. Die Ausfuhr betrug unter Berücksichtigung der Preissteigerungen im Außenhandel im Jänner 1947 mit 23,6 Mill. S nur etwa 9% des Monatsdurchschnittes im Jahre 1937, während für eine ausreichende Beschäftigung der Industrie allein Einfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten von monatlich rund 100

¹⁾ Der Außenhandel mit Deutschland wurde herausgenommen, weil durch die verschiedene Bewertung der Kohle im Dezember 1946 (Durchschnittspreis S 29.— je t) und im Jänner 1947 (S 95.— je t) die Entwicklungstendenz des Außenhandels entstellt worden wäre.

Mill. S notwendig wären. Wenn es nicht gelingt, die Ausfuhr erheblich zu steigern, wird, selbst wenn die Einfuhren von Lebensmitteln durch ausländische Kredite gesichert sind, die industrielle Produktion weiterhin stark durch den Mangel an unbedingt notwendigen ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten entscheidend gehemmt bleiben.

Unvermindert kritische Ernährungslage

Eines der schwierigsten Probleme der österreichischen Wirtschaft ist nach wie vor die kritische *Ernährungslage*. Vorausschätzungen sind gerade hier sehr unsicher, da die Ernährung der österreichischen Bevölkerung zumindest bis zur Ernte vorwiegend davon abhängt, wie weit Österreich durch die UNRRA und nach Erfüllung des UNRRA-Programms durch andere Hilfsaktionen bzw. durch Kredite geholfen wird. Besonders angespannt ist die Versorgungslage bei Brotgetreide. Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Brotgetreideernte im Jahre 1946 vorerst nicht zur Versorgung der Bevölkerung heranzuziehen, wurden bis Ende Dezember bereits 76% des bis dahin abgelieferten Brotgetreides verbraucht. Bis Mitte März wurden 98% der Ablieferungsvorschreibungen für Brotgetreide (die von ursprünglich 200.400 t auf 174.000 t herabgesetzt wurden) erfüllt und das abgelieferte Brotgetreide auch nahezu vollständig zur Erfüllung der Rationen ausgegeben. Der Anteil der Eigenaufbringung an der Brotgetreideversorgung für Nichtselbstversorger sank von 50% im Jänner auf 38% im Februar und 34% im März 1947. Das Notopfer von 13.000 t deckt nicht einmal ein Viertel des Brotgetreidebedarfes einer Kartenperiode, so daß die österreichische Bevölkerung in der Brotgetreideversorgung bis zur nächsten Ernte nahezu vollständig auf fremde Hilfe angewiesen ist. Schon im ersten Quartal 1947 reichten die UNRRA-Lieferungen nicht aus, um zusammen mit der relativ hohen Eigenaufbringung die Erfüllung der Rationen zu sichern, obwohl die UNRRA von Anfang Jänner bis Mitte März rund 99.000 t Lebensmittel, darunter allein 86.000 t Getreide, allerdings vorwiegend Mais, lieferte, so daß die Alliierten mit Lebensmittelaushilfen einspringen mußten. In Anbetracht der kritischen Weltversorgungslage gerade in Getreide ist es fraglich, ob der zur Erfüllung der gegenwärtigen Brotationen notwendige Brotgetreidebedarf von rund 50.000 t pro Kartenperiode bis zum Anschluß an die neue Ernte durch ausländische Hilfslieferungen, von denen bisher nur die zusätzliche UNRRA-Hilfe von 20 Mill. Dollar (davon 12,5 Mill. Dollar für Lebensmittel)

gesichert ist¹⁾, gedeckt werden kann. Ein Ausgleich durch andere Nahrungsmittel muß auf große Schwierigkeiten stoßen, die noch zusätzlich dadurch vermehrt werden, daß Österreich trotz aller gewährten Zusicherungen noch immer nicht völlig frei über seine eigenen Lebensmittelreserven verfügen kann. Es wäre tragisch, wenn die nunmehr im wesentlichen überwundene Energiekrise durch eine Ernährungskrise abgelöst würde und die Produktion in Industrie und Bergbau, ähnlich wie im letzten Frühjahr, durch eine unzureichende Ernährung der Arbeiterschaft neuerdings zurückginge.

Tendenz der Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten

Gegenüber der katastrophalen Lage der gewerblichen Produktion traten in den vergangenen Monaten die Probleme der *Preis- und Lohnpolitik* etwas in den Hintergrund. Mit dem Wiederanlaufen der Produktion drängt jedoch auch die unbefriedigende Lage auf dem Gebiet der Preise und Löhne zu einer grundsätzlichen Lösung und die Lohn- und Preispolitik wird in den nächsten Monaten vor schwierigen Aufgaben stehen. In den ersten drei Monaten des Jahres 1947 verzögerten sich die Lohn erhöhungen (der Index der Tariflöhne in Wien ist von Dezember 1946 bis März 1947 nur um 3,4% gestiegen), da viele Betriebe stillgelegt waren und durch den Abschluß des Kollektivvertragsgesetzes die organisatorische Grundlage für Lohnverhandlungen neu geregelt wurde. Nur die Gehälter für Industrieangestellte sind durch Gewährung einer Teuerungszulage von 70 S stärker gestiegen.

Demgegenüber wurde auf der Preisseite eine Reihe von *Preisen* wesentlich erhöht, die sich zum Teil unmittelbar und zum Teil mittelbar über die Erhöhung der Produktionskosten der Industrie auf die Lebenshaltungskosten auswirken. Für die Kostensituation der Industrie ist vor allem die Erhöhung des Kohlenpreises, der vollkommen an die Weltmarktpreise angeglichen wurde und nunmehr um 240% über den Reichsmark-Stoppriese liegt, von ausschlaggebender Bedeutung.

Die *Lebenshaltungskosten* haben sich unmittelbar durch die Tarifierhöhungen der städtischen Betriebe sowie durch Preiserhöhungen für Schuhe und Oberbekleidung, für Geschirr und Papierwaren verteuert (der Lebenshaltungskostenindex für Wien nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema ist von Dezember 1946 bis April 1947 um 17,4 gestiegen).

¹⁾ Die vom englischen 8,5-Mill.-Pfundkredit für Lebensmittel vorgesehene Summe von 1,5 Mill. Pfund kann nicht zur Einfuhr von Getreide herangezogen werden, da innerhalb des Pfundblocks keine Getreideüberschüsse verfügbar sind.

Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten begünstigte neue Lohnauftriebstendenzen und in einer Reihe von Industriezweigen wurden bereits Verhandlungen über neue Lohnerhöhungen aufgenommen, die eine neue Lohnerhöhungswelle und im Anschluß daran ein weiteres Steigen der Preise erwarten lassen.

Die Tendenz, die österreichischen Preise an die Weltmarktpreise anzugleichen, hat zu neuen Preisdisparitäten geführt, die die unorganische Preisstruktur noch mehr verzerren. Insbesondere bei den Lebensmittelpreisen wurden die Verbraucherpreise

der Hauptnahrungsmittel möglichst unverändert gelassen, um eine übermäßige Verteuerung der Lebenshaltungskosten zu vermeiden, während andererseits Nahrungsmittel von geringerer Bedeutung, die aus kommerziellen Importen stammen, wie vor allem Gemüse, zu den Weltmarktpreisen verkauft wurden. So wurden in Wien in den letzten Monaten Hasenfleisch um 9·80 S, tiefgekühlter Kochsalat um 3·54 S und holländisches Trockengemüse um 15 S je kg zu stark überhöhten Preisen verkauft, während die Kleinhandelspreise für Schmalz nur 2·16 S und für Rindfleisch nur 2·60 bis 3·20 S je kg betragen.

Die weltwirtschaftliche Lage

Der strenge Winter hat die wirtschaftliche Entwicklung fast aller europäischen Staaten ungünstig beeinflußt. Besonders die Industriestaaten Westeuropas litten unter einer zunehmenden Verschärfung der europäischen Kohlenlage. In England mußten im Februar umfangreiche Energiesparmaßnahmen getroffen werden; die Produktion wurde wesentlich eingeschränkt. Dieser Rückschlag trifft die englische Volkswirtschaft besonders schwer, da ein erheblicher Teil der amerikanischen Anleihe bereits verbraucht ist und eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz nur durch eine starke Steigerung des Exports erreicht werden kann.

Die Aussichten für die Getreideernte im Jahre 1947/48, die von der *Food and Agriculture Organization* (FAO) wegen der Auswinterungen und der Hochwasserschäden als beunruhigend bezeichnet worden sind, werfen auch auf die Lebensmittelversorgung Europas im kommenden Wirtschaftsjahr einen schweren Schatten.

Die allmähliche Sättigung der in den Kriegsjahren aufgestauten Nachfrage der Verbraucher und des Handels nach nicht dauerhaften Konsumgütern hat in den USA bereits in den letzten Monaten des Jahres 1946 Erscheinungen hervorgerufen, die auf eine Verlangsamung des konjunkturellen Aufschwunges hindeuten. Gleichzeitig ist durch die öffentliche Diskussion psychologisch ein Zustand der Krisenerwartung geschaffen worden, der die Krisenempfindlichkeit der USA erhöht. Andererseits darf jedoch angenommen werden, daß gegebenenfalls ein konjunktureller Rückschlag dank der geringen Verschuldung der Industrie, des noch vorhandenen Bedarfes an dauerhaften Konsumgütern (Wohnungen usw.), weiters durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie durch die Möglichkeit der Gewährung von

Auslandskrediten im Zusammenhang mit dem großen Wiederaufbaubedarf der kriegszerstörten Länder verhältnismäßig leicht aufgefangen werden kann. Auch in der Schweiz, die sich im Gegensatz zu den meisten übrigen europäischen Ländern schon seit Kriegsende einer Hochkonjunktur mit den typischen Erscheinungen einer „Überbeschäftigung“ erfreut, befürchtet man einen wirtschaftlichen Rückfall.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau Europas und der Welt ist die Intensivierung des zwischenstaatlichen Warenaustausches, der sich noch immer in verhältnismäßig engen Grenzen hält. Es ist deshalb besonders zu erwähnen, daß in den ersten Monaten des Jahres 1947 in Mitteleuropa zahlreiche zwischenstaatliche Handelsverträge abgeschlossen wurden.

Der Warenaustausch zwischen den Gebieten, die östlich und westlich der durch Mitteleuropa verlaufenden Demarkationslinie liegen, hält sich aber nach wie vor in äußerst bescheidenen Grenzen. Nur die Tschechoslowakei und Schweden haben einen intensiveren Warenaustausch nach dem Westen und Osten angebahnt.

Wie weit die durch die USA ursprünglich propagierte freihändlerische Richtung sich wirklich durchsetzen kann, wird die gegenwärtig in Genf tagende Sitzung der vorbereitenden Welthandelskonferenz erkennen lassen. Ein Abbau der internationalen Handelsschranken hat so lange Chancen, als der Warenhunger, die Kreditbedürftigkeit und der Wirtschaftsanstieg in den meisten Ländern anhalten. Allerdings erscheint eine Schwenkung der amerikanischen Politik zu Gunsten des Protektionismus nach dem Sieg der Republikaner nicht ausgeschlossen.